

GEWERKSCHAFTLICHE MONATSHEFTE

Zeitschrift für soziale Theorie und Praxis

Herausgegeben vom Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes

2. JAHRGANG

JULI 1951

HEFT 7

Alfred Braunthal (Brüssel)

INTERNATIONALE WIRTSCHAFTSPROBLEME UND INTERNATIONALE GEWERKSCHAFTSORGANISATION

Mit der Gründung des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften sind die freien Gewerkschaften international aktionsfähig geworden. Wenn irgendwo, so mußte sich diese Stärkung der Aktionskraft der Gewerkschaften auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik segensreich auswirken. Denn auf keinem anderen Gebiet gewerkschaftlicher Tätigkeit ist die Abhängigkeit von internationalen Faktoren so stark und unmittelbar wie auf dem der Wirtschaftspolitik.

Es ist den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern seit langem klar geworden, daß auf der Ebene, auf der ihre Organisationen immer primär tätig gewesen sind, der direkten Arbeitnehmer-Arbeitgeber-Beziehungen, ihr soziales und wirtschaftliches Schicksal nur zu einem begrenzten Teil entschieden wird. Zu einem entscheidenden Teil wird ihr Schicksal im Rahmen der Volkswirtschaft entschieden und hängt von volkswirtschaftlichen Faktoren ab. Das wachsende Gewicht, das die Gewerkschaften auf Mitbestimmung im Rahmen nationaler Politik, insbesondere nationaler Sozial- und Wirtschaftspolitik, legen, und die wachsende Bedeutung, die die Gewerkschaften innerhalb dieses Rahmens erlangt haben, legt davon Zeugnis ab, daß die Gewerkschaften für den Einfluß volkswirtschaftlicher Faktoren auf das wirtschaftliche und soziale Schicksal der Arbeiter volles Verständnis haben.

Die Weltwirtschaft hat immer schon, seit es Volkswirtschaften im modernen Sinne des Wortes gibt, in die Volkswirtschaften hineingespielt. Nie zuvor aber ist das nationale Wirtschaftsschicksal so stark von internationalen Faktoren abhängig gewesen wie nach dem zweiten Weltkrieg, der die europäische Wirtschaft so schwer erschütterte, den Ersatz der automatischen weltwirtschaftlichen Bindungen der Goldwährungsära durch internationale Vereinbarungen zwingend notwendig machte und aus politischen wie ökonomischen Gründen neue wirtschaftliche Beziehungen zwischen den unterentwickelten und den wirtschaftlich fortgeschrittenen Ländern auf internationaler Grundlage dringend erheischte. Mit der Gründung der freien Gewerkschaftsinternationale haben die Gewerkschaften aller freien Länder ein Organ geschaffen, das sie instandsetzt, sich für die notwendigen internationalen Wirtschaftsregelungen einzusetzen und bei allen diesen Regelungen den freigewerkschaftlichen Standpunkt wirksam zu vertreten.

In der kurzen Zeitspanne, die seit der Konstituierung des IBFG verflissen ist, sind in der Tat weltwirtschaftliche Probleme von der größten Tragweite auf der Tagesordnung der Weltpolitik erschienen. Die internationale Organisation der freien Gewerkschaften hat sich mit ihnen allen systematisch beschäftigt, für sie alle sozial und wirtschaftlich fortschrittliche, konstruktive Lösungen vorgeschlagen und sich für ihre Verwirklichung energisch eingesetzt. Es sei hier nur an vier Problemkomplexe erinnert, die in dieser Periode die Weltöffentlichkeit beschäftigt haben: die Probleme, die mit der Vollbeschäftigung und ihrer internationalen Regelung verbunden sind; die Probleme der wirtschaftlichen Integration Europas, von denen die des Schumanplans ein Teilausschnitt sind; das Problem der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der unterentwickelten Gebiete; und die Probleme, die mit den sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen der Aufrüstung zusammenhängen.

Da augenblicklich die nationalen und internationalen Probleme der Verteidigungswirtschaft im Mittelpunkt des allgemeinen Interesses und der Sorgen der Arbeiter und ihrer Gewerkschaftsorganisationen stehen, wird es am zweckmäßigsten sein, an ihnen die Wirksamkeit des IBFG auf wirtschaftlich-politischem Gebiet zu illustrieren.

Die Probleme der sozialen und wirtschaftlichen Rückwirkungen der Aufrüstung begegnen uns in verschiedener Gestalt: als Probleme der Inflation und ihrer Verhütung, der Rohstoffverknappung, die ihrerseits Arbeitsgelegenheiten schwer zu beeinträchtigen droht sowie als Probleme der Preiskontrolle, der Aufrechterhaltung der Reallöhne, als Steuerprobleme usw. So mannigfach jedoch die Formen sind, unter denen die Probleme der Verteidigungswirtschaft auftauchen, so müssen sie doch im wesentlichen als die Folgeerscheinungen eines Grundproblems verstanden werden, das sich folgendermaßen darstellt: Eine sprunghafte Steigerung der weltwirtschaftlichen Warennachfrage, wie sie durch den Ausbruch eines großen Krieges oder einen plötzlichen Entschluß zur Aufrüstung in einer großen Gruppe von Ländern herbeigeführt wird, führt einen Störungsfaktor in die Weltwirtschaft ein, der dringend nach planmäßiger Wirtschaftsregelung verlangt. Ist diese Schlußfolgerung schon wirtschaftlich zwingend, so ist sie es noch mehr aus sozialen und politischen Gründen.

Man denke nur an die Kriegswirtschaft der Vereinigten Staaten im zweiten Weltkrieg, um zu erkennen, wie gebieterisch die Notwendigkeit einer allgemeinen Wirtschaftsregelung in solchen Situationen ist. Die Vereinigten Staaten waren bei Kriegsausbruch, trotz der Änderungen in ihrer wirtschaftspolitischen Orientierung, die durch den New Deal herbeigeführt worden waren, noch völlig auf die Regelung der Produktion und des Konsums durch den Marktmechanismus eingestellt; aber sie lernten im Krieg sehr schnell, daß ein moderner Krieg wirtschaftlich nicht mit den Methoden der Marktwirtschaft geführt werden kann, sondern einer weitgehenden staatlichen Lenkung der Produktion, der Preise und des Konsums bedarf, die von der Marktwirtschaft kaum mehr als den Namen übrig läßt.

Der zweite Weltkrieg erfaßte nur langsam ein Land nach dem andern; die Alliierten waren dennoch wirtschaftlich durch die engen Bande gegenseitiger Unterstützung (die sogenannten lend-lease-Vereinbarungen) geeinigt. Die Verteidigungswirtschaft der Gegenwart umfaßt faktisch alle freien Länder der Welt, auch diejenigen, die politisch neutral geblieben sind. Eine weltweite Regelung der entscheidenden Wirtschaftsfaktoren, die mit der Aufrüstung zusammenhängen, ist daher unentbehrlich.

Es war der Mangel an Einsicht in diese Notwendigkeit, der die Kette der Schwierigkeiten in der internationalen Verteidigungswirtschaft hervorrief, unter denen wir noch immer zu leiden haben. Da die Rohstoffe, die für die Verteidigungswirtschaft gebraucht werden, dem „freien Spiel der Kräfte“ überlassen blieben, begannen ihre Preise rasch in die Höhe zu schnellen. Die Preislawine, die bei den Rohstoffen begann, setzte sich bei andern Waren fort, bis die Inflation auf das ganze Großhandelspreisgefüge und weiterhin auf die Lebenshaltungskosten in allen freien Ländern übergriff. Das Problem des „Lastenausgleichs“ für die von der Inflation hervorgerufene Belastung blieb den sozialen Machtverhältnissen überlassen. Die Regel war, daß Unternehmergewinne beträchtlich hinaufschleunigten, die Löhne sich nur in günstig gelagerten Fällen den Lebenshaltungskosten im großen und ganzen anzupassen vermochten, sonst aber mehr oder weniger weit hinter ihnen zurückblieben, während fixe Einkommen, einschließlich privater und Sozialpensionen, noch stärker als Löhne von der Geldentwertung betroffen wurden.

Dieselbe Anarchie war zunächst auf dem Gebiet der Rohstoffwirtschaft zu bemerken. Trotz der steigenden Rohstoffpreise konnte ihre Produktion der zusätzlichen Nachfrage für Rüstungszwecke nicht angepaßt werden. Aber mangels einer zentralen Verteilungsorganisation flossen die Rohstoffe in erster Linie denjenigen Ländern und Verbrauchergruppen zu, die kapitalstark genug waren, die höchsten Preise zu bezahlen. In manchen Ländern konnten beträchtliche Rohstoffvorräte angelegt werden, während in anderen manche Rohstoffe nicht einmal für die laufende Produktion ganz ausreichten. Die Produktionsumlagerungen von Konsumgüterindustrien auf Rüstungsindustrien, die in einer Periode starker Aufrüstung bis zu einem gewissen Grade unvermeidlich sind, wurden durch Rohstoffschwierigkeiten für lebenswichtige Industrien kompliziert, und manchen Industrien, die eigentlich von der Rüstungskonjunktur hätten begünstigt werden müssen, wurde Arbeitslosigkeit oder Kurzarbeit aufgezwungen.

Der IBFG sah diese Situation sehr frühzeitig voraus. In der ersten Sitzung seines Kleinen Ausschusses, die nach dem kommunistischen Überfall auf Korea einberufen wurde, im September 1950, wurde bereits eine Entschließung angenommen, die vor der Inflationsgefahr und dem Nachhinken der Löhne hinter den Preisen warnte, alle sozial fortschrittlichen Wirtschaftsregelungen begrüßte, die einzelne Länder zur Abwehr der Inflation bereits eingeführt hatten oder einzuführen beabsichtigten, und in ein konkretes, konstruktives Programm einer internationalen Rohstoffbewirtschaftung mündete: Alle wichtigen Rohstoffe, die auf dem Weltmarkt gehandelt werden und knapp geworden waren oder zu werden drohten, sollten der Bewirtschaftung durch internationale Warenabkommen zwischen den führenden Produzenten- und Verbraucherländern unterworfen werden. Einer der Hauptzwecke der Bewirtschaftung sollte die Stabilisierung der Rohstoffpreise sein, die durch die Schaffung von Stabilisierungsfonds erleichtert werden sollte.

Dieser Plan wurde vom IBFG den Vereinten Nationen vorgelegt, und es wurde dann von dem zuständigen UNO-Komitee beschlossen, ihn im gleichen Rang, den die UNO-Dokumente besitzen, dem Sozial- und Wirtschaftsrat der Vereinten Nationen vorzulegen. Tatsächlich beschäftigte sich der Sozial- und Wirtschaftsrat in seiner Wintersitzung 1951 sehr eingehend mit dem ganzen Rohstoff- und Inflationsproblem und nahm Entschließungen an, die den Forderungen des IBFG sehr nahe kamen.

Inzwischen hatte der IBFG sich mit den sozialen und wirtschaftlichen Aufrüstungsproblemen weiterbeschäftigt und in der Sitzung des Exekutiv-Aus-

schusses vom Februar 1951 ein wirtschaftspolitisches Programm aufgestellt, dessen Grundgedanken die einer sozial- und wirtschaftspolitisch fortschrittlichen Wirtschaftslenkung für alle von der Aufrüstung betroffenen Wirtschaftsfaktoren im nationalen und internationalen Rahmen sind. Im Mittelpunkt dieses Programms steht eine rationelle und gerechte Planung für die Belieferung der Verteidigungs- und zivilen Industrien mit Rohstoffen. Diese Planung muß der Natur der Sache nach international sein und sich auf den notwendigen Bedarf gründen, nicht auf die Zahlungskraft der einzelnen Länder und sozialen Gruppen. Als eine Voraussetzung dafür, daß dieser Grundsatz konsequent durchgeführt werden kann, wurde ausdrücklich auf die Notwendigkeit finanzieller Hilfeleistungen — zusätzlich zur Marshallplanhilfe — an gewisse Länder hingewiesen; und es wurde nicht weniger nachdrücklich betont, daß diejenigen Länder, denen die Rüstungsproduktion verboten wurde, die aber indirekt durch Lieferungen wichtiger Warengruppen das Rüstungspotential der freien Länder erhöhen, keinen geringeren Anspruch auf Rohstoffzuteilung haben als die Länder, die Rohstoffe für direkte Rüstungsproduktion brauchen.

Eine gerechte Rohstoffverteilung erfordert natürlich ein System von Prioritäten. Die Grundzüge eines solchen Systems, wie es der Gewerkschaftsbewegung gerecht und rational erscheint, wurden tatsächlich im IBFG-Programm entworfen, und es wurde dabei nicht nur den für die Aufrechterhaltung der Gesundheit und Arbeitskraft der arbeitenden Bevölkerung notwendigen Rohstoffen der gebührende Rang zugewiesen, sondern auch dem sozialen Wohnungsbau.

Das Programm des IBFG behandelte auch die mit den Produktionsumstellungen zusammenhängenden Fragen der Arbeiterumschichtungen und der sozialen Maßnahmen, die in solchen Situationen vom Standpunkt der Arbeiterschaft notwendig sind. Das Programm formulierte auch die wichtigsten anti-inflationistischen Maßnahmen. Dabei wurde nicht bloß die Bewirtschaftung der Preise gefordert, sondern auch eine Finanzpolitik, die bestrebt ist, militärische Mehrausgaben durch sozial gestaffelte Steuern zu decken und nicht durch inflationistische Kredite.

Es braucht kaum betont zu werden, daß das IBFG-Programm das größte Gewicht darauf legt, daß in allen nationalen und internationalen Körperschaften, die sich mit den grundlegenden Fragen der Verteidigungswirtschaft befassen, die freien Gewerkschaften angemessen zu Worte kommen sollen.

Während in den einzelnen Ländern, je nach der Stärke der gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterbewegung, eine Politik in Angriff genommen wurde, die entweder diesen Grundsätzen mehr oder weniger Rechnung trug, oder sie außer acht ließ, setzte sich im internationalen Rahmen allmählich die Erkenntnis durch, daß Vereinbarungen über Rohstoffbewirtschaftung zwischen den freien Ländern, wie sie vom IBFG schon vom September 1950 an gefordert wurden, unumgänglich geworden waren. Unter der Führung der amerikanischen, britischen und französischen Regierungen wurde die *Internationale Rohstoffkonferenz* in Washington gegründet, die für alle wichtigen und knapp gewordenen international gehandelten Rohstoffe Warenkomitees eingesetzt hat, in denen alle wichtigeren Produzenten- und Verbraucherländer der freien Welt vertreten sind. Gleichzeitig stimmte die Internationale Rohstoffkonferenz der Forderung des IBFG nach einer Verbindung der freien Gewerkschaften mit ihrer Arbeit und ihren Aufgaben zu. Der IBFG benutzte diese Fühlungnahme mit dem obersten Rohstofforgan der freien Länder dazu, nicht nur die Rohstoffkonferenz über die Auffassungen der freien Gewerkschaften über die internationalen Rohstoffprobleme zu unterrichten, sondern auch alle ihm angeschlossenen Organisa-

tionen aufzufordern, Rohstoffprobleme, die in ihren Ländern auftreten und die Beschäftigung einzelner Arbeitergruppen ernstlich beeinträchtigen mögen oder zu beeinträchtigen drohen, zur Kenntnis des IBFG zu bringen. Es ist geplant, solche Fälle mit der Internationalen Rohstoffkonferenz zu besprechen und auf die Lösung der Rohstoffprobleme hinzuwirken.

Die internationale Gewerkschaftsorganisation hat keinen Grund, sich mit dem bisherigen Ergebnis ihrer intensiven Bemühungen um eine fortschrittliche Regelung der sozialen und wirtschaftlichen Rüstungsprobleme zu begnügen. Die Anarchie, die am Anfang der Aufrüstungsperiode auf dem Gebiet der Rohstoffpreise und der Rohstoffbewirtschaftung geherrscht hat, ist noch keineswegs völlig überwunden, und die Gefahr weiterer Inflation und weiteren Drucks auf die Reallöhne ist noch keineswegs ausgeschaltet. Aber es muß der Wahrheit zur Ehre festgestellt werden, daß sich die Stimme der freien Gewerkschaften allmählich Gehör verschafft hat. Weit davon entfernt, sich mit den Zugeständnissen zu begnügen, die ihnen bisher bei der Regelung der Verteidigungswirtschaft gemacht wurden, werden die freien Gewerkschaften aller Länder unter der Führung ihrer internationalen Organisation den Kampf für eine vernünftige, sozial gerechte und wirtschaftlich produktive Regelung der Verteidigungswirtschaft weiterführen.